

Antragsteller: OV Essen/Oldb.

Antragssprecher: Detlef Kolde

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Verzicht auf Reformierung von Bestattungen

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich gegen eine Reform des Bestattungswesens auszusprechen.

Mit Ausnahme der Seebestattung soll auch weiterhin keine Bestattung außerhalb eines Friedhofs zulässig sein.

Begründung:

Die politischen Entscheidungsträger im Land und Bund sollen sich dafür einsetzen, dass auch weiterhin nur die Bestattung auf Friedhöfen zulässig ist. Eine Ausnahme soll dabei auch weiterhin die Seebestattung sein, so die entsprechende Regelung im niedersächsischen Bestattungsgesetz. Die Menschenwürde muss auch nach dem Tod geachtet werden und die Angehörigen benötigen einen Ort der Trauer. Dieses sollte nicht der heimische Garten oder andere Orte sein.

Auch die Aufbewahrung der Urne zu Hause sollte weiterhin nicht zugelassen werden.